



Nordwind

Aktuelles **Mitgliederzeitschrift der SPD Hamburg-Nord • 12. Jg. • November 2012 • Nr. 37** Impressum



Mitmachen

Wir haben eine neue Homepage!

Hier tagt der Kreisvorstand, es treffen sich Arbeitsgemeinschaften und Arbeitskreise und hier befindet sich das Büro der Kreisgeschäftsführerin, in deren Händen die Verantwortung für die technische Umsetzung politischer Beschlüsse und für die Organisation von Kreisveranstaltungen liegt. Außerdem nimmt die Kreisgeschäftsführerin die Verwaltungsaufgaben der Partei im Kreis wahr.

Im Kreisbüro bekommt man alle Informationen, die man braucht – entweder persönlich oder in Form von Broschüren, Handzetteln oder anderen Materialien. Bei Fragen zur Mitgliedschaft können Sie/kannst Du uns gern anrufen oder uns in unseren Räumen besuchen – für letzteres bitte möglichst einen Termin vereinbaren.

Für neue Mitglieder haben wir eine Online-Plattform eingerichtet – sie soll Informationen liefern, die Integration in die Partei erleichtern und zum Mitmachen motivieren. Wir schicken jedem Mitglied, das neu eingetreten ist, den Zugang (Benutzername und ein persönliches Passwort) für die Plattform –dann nur noch registrieren und es kann losgehen!

Gefällt mir 1

13. Juli 2012 at 02:23 No comments admin

Hinterlasse einen Kommentar

Deine E-Mail-Adresse wird nicht veröffentlicht. Pflichtfelder sind markiert *

Name *

E-Mail *

Willkommen

Herzlich Willkommen!!

Liebe Gäste unserer Homepage!
Willkommen auf den Seiten der SPD Hamburg-Nord, dem zweitgrößten Unterbezirk der Hamburger SPD.



[Weiterlesen](#)

Links

[SPD](#)

[SPD Hamburg](#)

[SPD Bezirksfraktion HH-Nord](#)

[DGB Hamburg](#)

[Friedrich-Ebert-Stiftung](#)

Olaf Scholz

UNSER BÜRGERMEISTER
FÜR HAMBURG



Ich will hier rein!
Mitglied werden in der SPD.

Stoppt RECHTS!

Facebook

Liebe Genossinnen und Genossen,

spätestens seitdem wir wissen, dass Peer Steinbrück Kanzlerkandidat der SPD werden wird, hat der Bundestags(vor)wahlkampf begonnen. Mit Peer haben wir in Zeiten der Finanzkrise einen Kandidaten, der auf diesem Themengebiet bereits als Bundesfinanzminister eine hohe Kompetenzzuweisung reklamieren konnte. Bei aller „Beinfreiheit“, die Peer für sich als Kanzlerkandidat beansprucht, können wir bei der nächsten Wahl jedoch nur erfolgreich sein, wenn Kandidat und Programm zusammenwirken.

Viele Themen, bei denen wir die besseren – und grundlegend anderen – Konzepte als CDU und FDP haben, liegen auf der Straße: mehr Kita-Ausbau statt Herdprämie, mehr Verbraucher- und Mieterschutz statt einseitiger Interessenwahrnehmung für Großkonzerne und Vermieter, echte Frauengleichstellung statt freiwilliger Flexiquote. Sowohl beim Mieterschutz als auch beim Thema Frauenquote können wir mit einigem Stolz auf jüngste Hamburger Initiativen zurückblicken.

Meines Erachtens werden wir jedoch vor allem daran gemessen werden, wie wir das weitere Auseinanderdriften der Gesellschaft glaubhaft verhindern wollen. Dabei geht es vor allem um Fragen der Steuerpolitik. Hier haben wir bereits gute Konzepte erarbeitet; aber auch um die Rentenfrage. Dort müssen wir bis zur Wahl noch nachlegen. All dies ist den Schweiß der Edlen wert!

Solidarische Grüße,
Euer



Urs Tabbert

Sozialpolitik

Armut bekämpfen.....3
umFAIRteilen5
Obdachlosigkeit7

Hochschulpolitik

Modernisierung4

Parteilpolitik

links VON DER SPD.de6

Kunst

dOKUMENTA (13)8

Nachruf

Gerhard E. Gründler9

Arbeitsgemeinschaften

Laufend gegen Gewalt9

Neuer Vorstand.....14

Interview

Andrea Rugbarth.....10

Gesundheitspolitik

Organspende11

Jusos

Elektromobilität12

Flughafen12

Amerika vor der Wahl.....13

Abgeordnete14

Kreisvorstand15

Kreisintern

Bundestagswahl 201316

Impressum.....16

Leitlinien

Liebe Genossinnen und Genossen,

die Vorbereitungen der Hamburger SPD auf die Bundestagswahl im September 2013 haben begonnen. Dazu gehört die Aufstellung unserer Kandidatinnen und Kandidaten in den sechs Hamburger Wahlkreisen, die wir alle für die SPD zurück gewinnen wollen. Im Dezember entscheiden die von den Distrikten gewählten Wahlkreisvertreterinnen und -vertreter über die Kandidatur in „unserem“ Wahlkreis Hamburg-Nord (21), um die sich unsere Mitglieder Christian Carstensen, Inka Dame- rau und Wolfgang Rose bewerben.

Der frühere Bundesfinanzminister Peer Steinbrück wird den Wahlkampf der SPD als Kanzlerkandidat anführen. Wie bereits 2009 wird die deutsche und europäische Finanzpolitik einen hohen Stellenwert im Wahlkampf einnehmen. Die Überwindung der Schuldenkrise der südeuropäischen Länder und die so genannte Rettung des

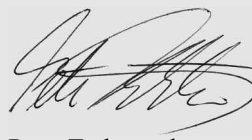
Euro dürfen nicht weiterhin nur zulasten der „kleinen Portemonnaies“ gehen. Die von der SPD geforderte Einfüh-



ührung einer internationalen Finanztransaktionssteuer ist ebenso überfällig wie die Wiedererhebung der Vermögenssteuer in Deutschland.

Mit CDU und FDP in der Bundesregierung sind diese Projekte nicht zu machen. Deshalb setzen wir auf eine rot-grüne Koalition. SPD und Grüne haben nicht nur große Gemeinsamkeiten in der Finanz-, sondern auch in der Energiepolitik. Wir müssen den Ausstieg aus der Atomenergie in Deutschland nicht nur auf dem Papier beschließen, sondern die Energiewende auch tatsächlich vollziehen. In Hamburg haben sich die Energieversorgungsunternehmen nach der vom Senat erreichten energiepolitischen Verständigung darauf verpflichtet, in den kommenden Jahren 1,6 Milliarden Euro in den Ausbau regenerativer Energien und CO²-mindernder Technologien zu investieren. Das könnte ein Vorbild für ganz Deutschland sein.

Euer Kreisvorsitzender



Peter Tschentscher

Rechtsanwälte Marc Kaiser & Urs Tabbert

Kompetenzen:

Allgemeines Zivilrecht	Gewerblicher Rechtsschutz
Arbeitsrecht	Verbraucherschutzrecht
Strafrecht	Hochschulrecht
Mietrecht	Prüfungsrecht
Internetrecht	Personalvertretungsrecht
	Scheidungen, Erb- und Verkehrsrecht

Sprechzeiten: Montag–Freitag 10–18 Uhr

**Möllner Landstraße 20 · 22111 Hamburg
Tel.: 0 40/736 798 11 · Fax: 0 40/736 798 12**

Armut bekämpfen – auch im Alter!

Mit gerechten Löhnen und armutsfesten Renten gegen wachsende Altersarmut

Von Wolfgang Rose

8 70 Millionen Menschen weltweit leiden Hunger – „nur noch“ heißt es, denn die Zahl war vor wenigen Jahren noch höher. Doch die UNO beharrt zu Recht darauf: Nur eine Zahl ist akzeptabel, nämlich null. Beendet werden muss vor allem die Spekulation mit Lebensmitteln, die die Preise in die Höhe treibt.

Wenn wir in Deutschland über Armut reden, dann geht es in den allermeisten Fällen immerhin nicht um das nackte Überleben, um Hunger und Durst – auch wenn die Schlangen vor den vielen „Tafeln“ immer länger werden. Aber es geht um fehlende Chancen auf ein besseres Leben, um fehlende Teilhabe an Gemeinschaft und Kultur, es geht um Hoffnungslosigkeit, Scham und Entwürdigung.

Als „arm“ gilt hierzulande, wer weniger als 60 % des durchschnittlichen Einkommens zur Verfügung hat. Aktuell sind das knapp 850 Euro im Monat. Das reicht für das Allernötigste, doch gerade das wird seit Jahren überproportional teurer: Lebensmittel (v.a. gesunde), Mieten, Strom und Heizung. Freizeit- und Kulturaktivitäten sind kaum drin.

15 % der Deutschen sind arm

Aktuell sind in Deutschland 15 % aller Menschen arm. Trotz guter Konjunktur sinkt diese Zahl seit Jahren praktisch nicht. (Und hätte man nicht vor Jahren die Rechenmethode „angepasst“, wären es eher 20 %) Es sind zwar weniger Menschen arbeitslos, aber es gibt immer mehr, bei denen es trotz Arbeit nicht reicht, weil die Niedriglöhne immer mehr zunehmen.

Die Bekämpfung der Armut muss eines der wichtigsten Ziele für uns Sozialdemokraten sein, wenn wir in einem Jahr hoffentlich die Bundestagswahl gewinnen werden. Denn Armut ist nicht nur schlimm für die Betroffenen, sie belastet und zerreißt unsere Gesellschaft als Ganzes.

Das gilt für jede Form von Armut.

Die schlimmste Armut: Kinderarmut und Armut im Alter

Doch zwei Formen sind für unsere Gesellschaft besonders beschämend:

Die Armut von Kindern, und die Armut im Alter. Seit Jahren ist in Deutschland fast jedes fünfte Kind von Armut betroffen, in manchen großen Städten jedes vierte. Da helfen auch keine mickrigen „Bildungspakete“, wenn die warme Winterjacke fehlt.

Armut im Alter galt vor Jahren eigentlich schon als überwunden (was sie nie war; sie ist nur am wenigsten öffentlich sichtbar und statistisch erfasst). Doch nun kehrt sie mit Macht zurück: Während vor fünf Jahren rund 10 % der Menschen über 65 arm waren, sind es heute bereits über 13 %, und es werden rasch mehr.

Armut nimmt zu

Vor wenigen Wochen machte die Meldung Schlagzeilen, dass immer mehr Rentner noch arbeiten, die meisten in Minijobs. Manche machen das vielleicht, weil es ihnen Spaß bringt und sie es wollen; doch die meisten tun es, weil sie es müssen, um über die Runden zu kommen. Die Prognose ist erschreckend: Wenn sich an den Rahmenbedingungen nichts ändert, werden in einigen Jahren bis zu einem Drittel aller Deutschen im Alter arm sein. Dies hat vor allem zwei Ursachen: Die Entwicklungen in der Arbeitswelt, und die Renten-„Reformen“ der vergangenen Jahre.

Arbeitseinkommen sinkt

Unser Rentensystem beruht auf einem einfachen Grundsatz: Das Einkommen während des aktiven Arbeitslebens bestimmt die Höhe der Rente. Doch die Arbeitseinkommen sind während der letzten 20 Jahre real gesunken, und zwar vor allem die sowieso schon niedrigen Löhne und Gehälter. Immer mehr Menschen arbeiten in Minijobs oder anderen prekären Verhältnissen, und immer öfter sind Jobs nur befristet, so dass die Lücken dazwi-

schen größer werden. Deshalb gilt: Um Armut im Alter zu vermeiden, müssen wir wieder für gute, stabile Arbeitsverhältnisse und gerechte Löhne sorgen; durch Mindestlohn, harte Begrenzungen für Minijobs, Leiharbeit, Befristungen und anderes mehr.

Rentenniveau von 43 % nur knapp über Armutsgrenze

Doch auch die Renten-„Reformen“ der letzten Jahre haben die Rente nicht armutsfest gemacht: Sollte, wie erwartet, das Rentenniveau infolge der „Reformen“ bis zum Jahr 2030 auf 43 % absinken, hieße das, dass selbst jemand, der 45 Jahre lang durchgehend ein mittleres Gehalt bezieht, nur eine Rente knapp über der Armutsgrenze erhält. Die private Zusatzvorsorge („Riester“) hat ihre Versprechen nicht erfüllt: Ihre Erträge sind minimal und dem Risiko der Finanzmärkte ausgeliefert, und gerade diejenigen, die sie am dringendsten bräuchten, können sie sich am wenigsten leisten. Die Rente mit 67 ist faktisch eine Rentenkürzung, solange die meisten Menschen nicht die reale Chance haben, solange gesund, in Würde und ordentlichen Jobs zu arbeiten.

Kampf für gute Löhne wichtig für gute Renten!

Der SPD-Parteivorstand hat vor kurzem ein Rentenkonzept vorgelegt, in dem bereits einige wichtige und richtige Punkte enthalten sind: Der Kampf für gute Löhne als Basis guter Renten; Die weiter wachsende Erwerbsbeteiligung von Frauen; die „Solidarrente“, also eine Mindestrente für Geringverdiener; der flexiblere Übergang zwischen Arbeit und Rente; der abschlagsfreie Zugang zur Erwerbsminderungsrente; die Stärkung der betrieblichen Altersvorsorge. Vorerst offen geblieben ist die Höhe des Rentenniveaus; wir sollten uns zu einer Untergrenze von 50 % durchringen, und zur Finanzierung endlich alle Erwerbstätigen in die Rentenversicherung einbeziehen. So viel Solidarität sollten wir uns leisten. ●

Modernisierung der Hochschulen

Wissenschaft und Forschung sind entscheidende Grundlagen für unsere Zukunft

Von Sven Tode

Allein der ökonomische Ertrag der Hochschulbildung für die Gesellschaft beträgt laut OECD das Fünffache der investierten Mittel.

Die Zukunft der Wissenschaft sind vor allem junge Nachwuchskräfte an unseren Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Sie brauchen gute Zukunftschancen. Sie brauchen Motivation und Perspektiven, um ihre Potentiale zu unser aller Wohl entfalten zu können. Deswegen wollen wir alles tun, um ihnen optimale Bedingungen und Perspektiven für eine erfolgreiche, produktive Laufbahn zu bieten.

Bereits in seinem ersten Amtsjahr hat der SPD-Senat entscheidende Weichen gestellt für eine verlässliche Entwicklung der Hochschulen, für Chancengleichheit und für gute Perspektiven in Forschung und Lehre: Abschaffung der Studiengebühren, Langzeitvereinbarungen mit den Hochschulen, Neuorganisation der Forschungsförderung, Planung für Sanierung und Neubau der Gebäude, Fortsetzung der Förderung des Studierendenwerkes.

Prekäre Beschäftigungsverhältnisse an den Hochschulen gefährden Bildungsnachwuchs

Doch ein zentrales Problem bleibt: Das sind die oft prekären Beschäftigungsverhältnisse und unsicheren Zukunftsperspektiven junger Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Für dieses Problem ist vor allem die Gesetzgebung des Bundes verantwortlich. Deshalb wollen wir sie ändern. 83 Prozent der bundesweit rund 150.000 hauptberuflich tätigen wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an Hochschulen und Forschungseinrichtungen sind befristet beschäftigt.

Befristung als zentrales Problem

Bei einigen ist das sinnvoll, doch bei vielen ist es Wildwuchs und Missbrauch auf dem Rücken engagierter Arbeitskräfte. Hamburg bildet da keine Ausnahme: An der Hamburger Uni ist allein zwischen 2006 und 2011 der Anteil der befristeten Stellen bei den wissenschaftlichen Mitarbeitern von 72 auf 85 Prozent angestiegen.

Nun ist die Befristung von Nachwuchsstellen an sich weder neu noch grundsätzlich falsch: Seit Jahrzehnten ist das gängige Praxis der Hochschulen. Und zwar oft mit gutem Grund, denn ihr Sinn ist es ja gerade, die Nachwuchskräfte auf höher qualifizierte Stellen vorzubereiten und ihnen den schrittweisen Aufstieg zu ermöglichen. Damit fortlaufend neue junge Talente diese Chance bekommen können, müssen die Qualifizierungsstellen natürlich nach einigen Jahren wieder frei werden für die nächsten Jahrgänge.

Das ist wie bei einem Fahrstuhl: Wenn man oben ist, muss man aussteigen, sonst kommt alles ins Stocken und wird blockiert. Aber das setzt natürlich voraus, dass sich oben auch die Türen öffnen, will sagen, dass unbefristete Anschlussstellen zur

Verfügung stehen. Sonst bleibt den Betroffenen nur permanentes Hamsterrad oder Absturz. Deshalb brauchen wir ein Regelwerk, das den Aufstieg fördert, anstatt ihn zu blockieren und auszu-bremsen, wie es das derzeitige Gesetz tut.

Denn die zeitliche Begrenzung der Qualifizierungsphasen auf 12 Jahre – 6 bis zur Promotion und weitere 6 danach – bringt ungewollte Probleme mit sich: Für viele junge Forscherinnen und Forscher ist diese Spanne zu kurz, vor allem je kürzer die einzelnen Anstellungen und je zerklüfteter die Lebensläufe wurden.

Hochschulen bieten zu wenig Anschlussperspektiven

Außerdem schaffen die Hochschulen nicht im erhofften Maße die unbefristeten Stellen für die Anschlussperspektive, so dass die Unsicherheit wächst.

Doch anstatt den Rahmen im Sinne der betroffenen Nachwuchskräfte flexibler zu gestalten und ansonsten Missbrauch zu verhindern, wurden 2007 von Frau Schavan im neuen Wissenschaftszeitvertragsgesetz die Befristungsmöglichkeiten insgesamt erheblich ausgedehnt, vor allem auf den Bereich der über Drittmittel finanzierten Stellen.

Damit wurde der Prekarisierung in der Wissenschaft Tür und Tor geöffnet. Seit 2007 ist nicht nur der Anteil der befristeten Stellen deutlich gestiegen; die Laufzeiten der einzelnen Arbeitsverträge haben sich auch erheblich verkürzt. Ein großer Teil der Nachwuchsstellen ist heute nur noch auf ein Jahr oder sogar noch kürzer befristet. Das hat mit einer sachlich sinnvollen Begrenzung nichts mehr zu tun. Es belastet die jungen Forscherinnen und Forscher mit permanenter Ungewissheit. Es schränkt sie in der Entfaltung ihrer kreativen Potentiale erheblich ein. So werden nicht nur die Berufswege junger Menschen erschwert, sondern für die Wissenschaft und Gesellschaft insgesamt wertvolle Potentiale vergeudet. Es wird also höchste Zeit, daran etwas zu ändern. Deshalb wollen wir uns auf Bundesebene dafür einsetzen, dass dieses starre, realitätsfremde Gesetz modernisiert wird.

Fristen flexibilisieren!

Die Fristenregelungen müssen einerseits im Sinne der betroffenen Nachwuchskräfte großzügiger und flexibler werden. Andererseits muss der missbräuchlichen Ausweitung von immer kürzeren Befristungen ein wirksamer Riegel vorgeschoben werden. Dort, wo es um dauerhafte Aufgaben geht, müssen auch dauerhafte Stellen geschaffen werden.

Ohne exzellente Nachwuchskräfte, die sich motiviert entfalten und mit Perspektive entwickeln können, hat die Wissenschaft in Deutschland keine Zukunft. Deswegen werden wir mit unserem Antrag aktiv gegen prekäre Beschäftigungsverhältnisse an den Hochschulen vorgehen, für die Förderung der jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, für die Qualität von Forschung und Lehre. ●

umFAIRteilen – Jusogruppe Barmbek Dulsberg unterstützt Aktionstag

Gerade einmal 10% der Bevölkerung Deutschlands verfügen über 63% des Privatvermögens. In Hamburg, der sogenannten Millionärshauptstadt, wird die Quote möglicherweise noch ungleicher aussehen

Von Daniela Kerkow &
Marcel Ben Merabet

Im Gegenzug lebt in unserer Stadt jedes fünfte Kind unter 15 Jahre in der Mindestsicherung, die Löhne stagnieren und die Angst vor Alters- und Erwerbsarmut wächst. Das Gemeinwesen sieht sich immer stärkeren Einsparzwängen gegenüber und eine zunehmende Anzahl an Menschen ist auf die Lebensmittelspenden der Tafeln angewiesen. Die Auflistung könnte beliebig fortgesetzt werden und zeigt nur eines: Eine wachsende Ungerechtigkeit, eine Schere zwischen Arm und Reich, die immer weiter aufgeht.

Dem stellt sich das Bündnis „umFAIRteilen“ entgegen.

Wer viel verdient, soll mehr zahlen!

Die Jusos Barmbek-Dulsberg unterstützen dessen Forderungen nach Wiedereinführung der Vermögenssteuer und Erhöhung von Kapital-, Erbschafts- und Spitzensteuersatz.

Wer viel verdient sollte auch stärker in die Verantwortung für unsere Gesellschaft genommen werden und sich stärker an der Finanzierung des Gemeinwesens beteiligen!

Gemeinsam haben wir am 29.09.2012 an dem Aktionstag „umFAIRteilen – Reichtum besteuern“ teilgenommen und zusammen mit 7000 Bürgerinnen und Bürgern, Vertretern der Bürgerschaft, den Gewerkschaften, den Sozialverbänden und

weiteren Bündnispartnern unseren Forderungen Ausdruck verliehen.

Symbolisch wurden dabei Geldsäcke bei den Banken eingesammelt und während der Abschlusskundgebung vor dem Rathaus aufgetürmt, wo sie den Kindern als Spielplatz dienten – ein gutes Beispiel wo das Geld deutlich besser aufgehoben wäre als auf den Konten der Millionäre.

Es kann nicht sein, dass 10% der deutschen Bevölkerung fast zwei Drittel des Privatvermögens auf sich vereinigen und der „unteren“ Hälfte der Gesellschaft nur ein Prozent des Privatvermögens bleibt. Dies ist ungerecht verteilt und muss „umfairteilt“ werden. Die Schere zwischen Arm und Reich darf sich nicht noch weiter öffnen. ●



links VON DER SPD.de

Als die Piraten in Sicht kamen, schienen sie zunächst an der Backbordseite aufzukreuzen. Taucht nicht stets aufs Neue eine quirlige, junge, ideenreiche Bewegung links von der SPD auf als potentiell Kurskorrektiv für den Tanker? Inzwischen ist die Rechts/Links-Ambivalenz der Piraten offenbar geworden. Wie steht es überhaupt mit dem Bereich „links von der SPD“?

Von Wolfgang Ehnold

Es gab schon immer politische Positionen links von der SPD seit Marx, Engels und Rosa Luxemburg bis hin zu den Antideutschen vor zehn Jahren. Entsprechende politische Bewegungen oder Parteien entstanden in Deutschland aber erst vor knapp hundert Jahren. Die SPD war in der Anfangsphase aus der Vereinigung der bewusstesten Gruppierungen der Arbeiterbewegung hervorgegangen, wodurch der Platz links von der SPD zwangsläufig für mehrere Jahrzehnte leer blieb. In dieser Zeit wurde die SPD Vorbild und Wegbereiter für die Sozialdemokratie der europäischen Länder.

Erst seit 1917, dem Jahr der russischen Revolutionen, verstand sich in Deutschland eine eigenständige Partei als links von der SPD durch Abspaltung: die USPD. Seitdem wird dieser Platz fast permanent von wechselnden Bewegungen oder Parteien besetzt.

Es soll hier nicht erörtert werden, wie sich diese scheinbare Konkurrenz auf das Selbstverständnis der SPD auswirkte, aber benennen wir zumindest einige der Protagonisten der (zuweilen so genannten) radikalen Linken seit 1945: Jedes Jahrzehnt seitdem hatte (s)eine linke Bewegung. Nach dem Verbot der KPD setzte sich deren Agilität in den kommunistischen Studentenorganisationen der 50er Jahre fort. Direkt anschließend entwickelte sich die Studentenbewegung inklusive SDS in den 60ern, danach die K-Gruppen inklusive RAF. Es folgte die grün-alternative Bewegung in den 80ern inklusive Thomas Ebermann, nach der Wende in Aufbruchstimmung die PDS und im vergangenen Jahrzehnt Die Linke.

Wie sieht es heute aus? Antideutsche gibt's nur noch in einigen berliner Redaktionsstuben, in Hamburg bekennt sich zu dieser Schule kaum noch jemand. Linksautonome, Antifaschisten oder diverse linke NGOs streben per definitionem keinen Parteiensatz an. Sollten occupy - blockupy diesen Schritt wagen, ist damit zu rechnen, dass sich (insbesondere im Falle einer Finanzkrisenverschärfung) ihre Tendenz, ins Reaktionäre abzugleiten, verstärken wird, ähnlich der Entwicklung der KPD in den 20er Jahren unter Ruth Fischer und dafür gibt es bereits deutliche Anzeichen.



Piraten im „Fahrwasser“ der GAL?

Die Piraten: Internet-Mobilität befähigt nicht automatisch zu praktischer Politik wie der Verlauf des arabischen Frühlings zeigt. Selbst wenn es gelänge, die hamburger Piraten links zu determinieren, wäre da immer noch das tragische Exempel der GAL, die sich ursprünglich u.a. aus Resten des KB gründete und die dann doch 1999 ihren Geist aufgab und sich bereitwillig vom grünen Mainstream aufsaugen und nivellieren ließ mit später Bestätigung 2012 durch die längst überfällige Umbenennung. Sollten hamburger Piraten einem ähnlichen Schicksal entgehen können, selbst wenn die Bundespartei es schaffen würde, sich von ihren rechtsradikalen Mitgliedern zu trennen?

SPD ohne ernsthaftes „linkes Korrektiv“?

Angesichts des desolaten Zustands der Links-Partei stellt sich schließlich die Frage: wie geht die SPD mit der neuartigen Situation um, dass es erstmals nach fast hundert Jahren links von ihr schlichtweg nichts mehr gibt, jedenfalls keine quirlige, junge, ideenreiche Bewegung wie in vergangenen Jahrzehnten und sei es auch nur als Stimulans für die SPD? Die Lösung könnte in der Rückbesinnung auf die Anfangsjahrzehnte der SPD liegen, als noch keine Notwendigkeit für einen Bereich "links von der SPD" bestand, auf die Wirkungszeit von August Bebel, Eduard Bernstein, Karl Kautsky (abgesehen von seinen altersdementen Schriften), als die richtigen "Fragen" gestellt wurden und in umfassenden Debatten SELBST beantwortet wurden. Dann bedarf es auch keiner abgetakelten Koalitionspartner mehr, denn die SPD ist und bleibt das stets revitalisierbare Original. Dabei eröffnen sich auch für die Jusos neue Perspektiven. Der hamburger Bürgermeister hatte diese Tradition bereits im letzten Bürgerschaftswahlkampf in eigenständiger Form auf lokaler Ebene erfolgreich wieder aufgenommen und setzt sie 2012 aktuell in der Veranstaltungsreihe "Olaf Scholz im Gespräch" fort.

Notabene: Die Rolle der Parteien im wilhelminischen Kaiserreich war eine grundsätzlich andere als heute. Heute stellen sich nicht nur Fragen, sondern Aufgaben, die gelöst werden müssen und eine Hauptaufgabe, die weder von Konservativen und Liberalen noch von vereinzelt linken Parteien noch von den betroffenen Ländern allein gelöst werden kann, sondern nur von einer starken Sozialdemokratie, ist die entschlossene Bekämpfung des europäischen Nationalsozialismus. ●



»Leben auf der Straße ist lebensgefährlich«

Am 5. September diskutierten die Frauen der ASF Nord über das Thema Obdachlosigkeit – natürlich mit dem Schwerpunkt auf den Frauen

Von Petra Ackmann

Als Referentin und ausgewiesene Expertin konnten wir Inka Damerau begrüßen, die nicht nur unsere stellvertretende SPD-Landesvorsitzende ist, sondern auch Leiterin des Bodelschwingh-Hauses, einer Einrichtung, in der obdachlose Menschen betreut werden.

Dreh- und Angelpunkt unserer Diskussion war der Bericht aus dem Jahr 2009, der von 1029 obdachlosen Menschen in Hamburg ausgeht. Darunter waren 228 Frauen, das entspricht immerhin 22,2%! Die Ursachen für Obdachlosigkeit bei Frauen sind vielfältig, wie Inka uns fachkundig ausführte, und in der Konsequenz bitter: Frauen geraten "aus der Kurve", weil ihnen Gewalt, physisch, psychisch oder sexuell angetan wird oder sie Angehörige verlieren. Die Langzeit-Obdachlosigkeit hat in den letzten Jahren stark zugenommen, und die Perspektiven der Frauen auf Wieder-Stabilisierung ihres Lebens nahezu aussichtslos: Gerade einmal 45 Übernachtungsplätze stehen den obdachlosen Frauen in Hamburg zur Verfügung. Das Leben auf der Straße bringt für Frauen zusätzliche Erschwernisse, z.B. hinsichtlich hygienischer Bedingungen mit sich.

Besonders betroffen macht, was Inka uns über obdachlose Frauen mit Kindern erzählte. Während Kinder von obdachlosen Männern in der Regel bei den Müttern wohnen, sind Kinder von obdachlosen Frauen fremduntergebracht. Hier bedarf es unserer Meinung nach vermehrter Anstrengungen, um die Mütter mit ihren Kindern vor der Obdachlosigkeit zu bewahren oder aus der Obdachlosigkeit in ein geregeltes Leben zurück zu führen.

Als Fazit dieses informativen Abends bleibt, dass wir uns politisch mit dem Thema weiter auseinandersetzen wollen. Wir werden eine niedrigschwellige Tageseinrichtung für obdachlose Frauen, die Kernenate in Eimsbüttel, besuchen, um weitere praktische Tipps für unsere politischen Ideen zu bekommen: Danke Inka für den informativen Abend, der gezeigt hat, dass schon viel getan wird, aber noch mehr getan werden muss. Denn ein Leben auf der Straße ist, gerade auch für Frauen, lebensgefährlich.

Die AsF Hamburg-Nord trifft sich wieder am 8. November, um das Thema Opferschutz unter fachkundiger Leitung von zwei Genossinnen (Sylvia Wowretzko und Martina Fels) zu diskutieren. ●

dOKUMENTA (13) – eine Kunstausstellung und ein Ausflug

„Kunst gibt nicht das Sichtbare wieder, sondern macht sichtbar“ – Paul Klee

Von Alexander
Kleinow

**DOCUMENTA (13)
EINE KUNST-
AUSSTELLUNG
IN KASSEL
9/6–16/9–2012**

U nter die-
s e m
Motto
hatten sich am
08. September
Genossinnen
und Genossen
der SPD Ham-

burg-Nord mit zwei vollbesetzten Bussen aufgemacht die dOKUMENTA (13) in Kassel zu besuchen. Die Documenta ist eine der größten und bedeutendsten Ausstellungen für zeitgenössische Kunst, die im fünfjährigen Rhythmus in Kassel stattfindet. Seitdem die Documenta 1955 erstmals ihre Tore öffnete, stellt sie eine Plattform für herausragende Künstlerinnen und Künstler dar. In diesem Jahr mehrte sich die Ausstellung – wie im Namen ersichtlich – zum 13. Mal. Wie in all den Jahren zuvor, bot sie Erstaunliches, Ergreifendes, Unverständliches, kurz: Kunst. Das Areal, auf dem die Aussteller ihre Werke zeigten, erstreckte sich auf die gesamte Stadt Kassel. An vielen Orten, versteckt oder offensichtlich, zeigten moderne Künstlerinnen und Künstler ihre Gedanken zu unserer globalen und nationalen Gesellschaft, die in vielen Teilen nicht mehr zu trennen ist.

Paul Klees Zitat wird der diesjährigen Ausstellung mehr als gerecht. Hierzu sind zwei Arbeiten hervorzuheben. Zunächst

die Arbeit von Rabih Mroué, eines libanesischen Künstlers. Dieser hatte sich mit der Mobiltelefonkamera als „Waffe“ in dem syrischen Revolution befasst.

Kamera als Schusswaffe

Er stellte die Schusswaffen der Soldaten mit den Kameras derer gleich, die sich für die Demokratisierung einsetzen. Letztere war die Waffe der „Aufständischen“, die mit ihren Bildern über die Zustände in den Ländern aufklären und damit die Regime und ihre Versuche die Schreie nach Demokratie zu unterdrücken der

Weltöffentlichkeit offenbaren. Drastisch dargestellt wurde auch die Auswirkung militärischer Dauerpräsenz in den Städten. Panzer, die Menschen bei alltäglichen Erledigungen begleiten und mit dem Kanonenrohr auch beim Müllherausbringen nicht vom Menschen ablassen. Der scheinbar selbstverständliche Umgang mit dieser martialischen Bedrohung erschreckt dabei am meisten. Arbeiten dieser Art machen erstmals den Einblick in die tatsächliche Lage der Menschen in diesen Ländern möglich, einen Blick, die Reportagen nicht erlauben.

Des Weiteren bedeutsam ist die Arbeit von Kudzanai

Chiurai, einem simbabwanischen Künstler. In einem extrem langsam gedrehten Kurzfilm zeigt Chiurai die Eskalation der Gewalt an der Tafel, die an das christliche Abendmahl erinnert. Die Spannungen durch Korruption, Glauben, Okultismus, Macht und Machtlosigkeit wird in diesem Bild schnell deutlich. Die in der Mitte sitzende Frau schreitet während des gesamten Films nicht ein und muss tatenlos zusehen, wie Menschen mit Waffen und



körperlicher Gewalt bedroht werden. Der Mann links in der Ecke mit einem Aktenkoffer voller Geld, beginnt bei zunehmender Eskalation immer mehr zu grinsen. Ein drastisches Bild, dass viele aus unserer Gruppe bewegt hat.

Es gäbe noch vieles mehr zu berichten, das wir gemeinsam auf der Tour gesehen und erlebt hatten. Dass sich so viele für den Kurzausflug begeistern konnten, hat mich sehr gefreut. Die zeitgenössische Kunst kann uns viel über unsere Gesellschaft zeigen, sie macht Entwicklungen deutlich und spiegelt uns ohne Beschönigungen die Realität; die 13. Documenta-Ausstellung hat dies mit vielen weiteren Werken wieder unter Beweis gestellt.

Unserer Kurzreise beendeten wir um 23 Uhr wieder am Barmbeker Bahnhof. Eine Autobahnsperre hatte unsere Fahrzeit erheblich verlängert. Möglich gemacht hat diesen Kurztrip die Unterstützung des Kreisvorstandes und – dafür hier ein besonderer Dank – die Hilfe des tapferen Fahrers Sönke Klages. ●



Nachruf zu Gerhard E. Gründler

Im Alter von 82 Jahren ist dieses Jahr der frühere Chefredakteur des Vorwärts, Gerhard Gründler, verstorben

Von Dirk Mellies

Er war mehr als 54 Jahre aktives Parteimitglied und nahm auch noch im hohen Alter an den Veranstaltungen und Diskussionen des Distrikts Mühlenkamp teil.

Gerhard Gründler, der am Stettiner Haff in Ueckermünde aufwuchs, absolvierte nach dem ersten juristischen Staatsexamen ein journalistisches Volontariat bei der Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung. Danach war er u.a. als Politredakteur bei der Welt und als Ressortleiter Innenpolitik bzw. Bonner Korrespondent beim Stern tätig. Zwischen 1971 und 1976 übernahm er unter den Kanzlern Willy Brandt und Helmut Schmidt die Chefredaktion des Vorwärts. Gründler bemühte sich, dem Vorwärts ein neues Gesicht zu geben, was jedoch letztendlich an der fehlenden Investitionsbereitschaft des Parteivorstands scheiterte.

Von 1981 bis 1993 prägte Gerhard Gründler über einem Zeitraum von 11 Jahren als Direktor des Landesfunkhauses Hamburgs die Entwicklung des NDR. Unter seiner Leitung wurde beispielsweise die NDR Hamburg-Welle (heute NDR 90.3) und das Hamburg Journal im NDR-Fernsehen entwickelt. Als Ruheständler zeigte sich Gründler weiterhin journalistisch

und zeitgeschichtlich höchst interessiert. 2002 veröffentlichte er mit „Einmal vorwärts und zurück“ seine Erinnerungen an seine Zeit als Chefredakteur des Vorwärts, 2009 folgte mit „Bismarck auf Treibjagd“ eine Studie über den Versuch des Reichskanzlers, den Hamburger Publizisten Friedrich Geffcken zu diskreditieren.

Die Bereitschaft sich nicht nur inhaltlich, sondern auch instrumentell mit den Neuerungen seines Genres zu beschäftigen, zeigt sich u.a. darin, dass Gerhard Gründler noch 2011 eine umfassende Homepage online stellte, die sich mit alten und neuen Themen, die ihn beschäftigten, auseinandersetzt. Für jeden Sozialdemokraten und jede Sozialdemokratin sind u.a. die Passagen, in denen er die Beweggründe aufführt, „wie ich zu den Sozis kam“ und vieles mehr mit Gewinn zu lesen.

Mit Gerhard Gründler starb am 24. März diesen Jahres nicht nur ein Genosse, der die Geschicke der Partei auf bundesdeutscher, wie auf lokaler Ebene mitgestaltete, sondern auch ein bedeutender Journalist, der insbesondere in der Freien und Hansestadt Hamburg wichtiges und verdienstvolles geleistet hat. Wir werden ihn vermissen.

Laufend gegen Gewalt

Die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF) hat sich für dieses Halbjahr den Schwerpunkt „Gewalt und Frauen“ vorgenommen

Von Christine Faltynek

Der Auftakt war „Laufend gegen Gewalt“ zugunsten der Hamburger Frauenhäuser. Ausgerüstet mit einem orangen T-Shirt und unseren großen Aufkleber „AsF Hamburg-Nord“ machten wir uns joggend oder gehend auf den Weg um die Außenalster. Sehr angenehm war unser eigenes Verpflegungsfahrrad mit wehender SPD Flagge. Es liefen Frauen und Männer. Simon Haschke (14 Jahre), Distrikt Fuhlsbüttel, vierter bei den Kindern, meinte „nächstes Jahr komme ich mit meinen besten Freunden, damit Frauen und Kinder ein absolut sicheres Haus behalten, laufen wir so schnell wir können.“ Die Notwendigkeit der Frauenhäuser sieht unser Senator Scheele genauso. Dieses Jahr kam ein wichtiger privater Termin dazwischen, doch für nächstes Jahr ist der Lauf rot bei ihm angestrichen.

Inhaltlich setzten wir uns bei der AsF mit dem Thema Frauen und Gewalt auf vielfältiger Weise mit Fachfrauen auseinander. Zuletzt war Inka Damerau Gast und referierte über die besondere Problematik von obdachlosen Frauen. Diese Frauen sind oft



versteckt obdachlos und der Gewalt der Straße hilfloser ausgesetzt, als Männer. Es war eine gut besuchte Veranstaltung mit vielen neuen Erkenntnissen für uns.

Am 8. November berichtet Sylvia Wowretzko über den Opferschutz um 19:30 Uhr im Kreisbüro. Alle interessierten Frauen sind herzlich eingeladen. Fortgesetzt wird unsere Reihe mit dem Bericht über traumatisierte Frauen von Dagmar Jentz.

Zu jedem Treffen der AsF kann eine Kinderbetreuung auf Anfrage organisiert werden.

Unter www.asf-hamburg-nord.de findet Ihr immer aktuelle Termine. ●

„Geh' dorthin, wo es dich am meisten ärgert, geh' zur SPD!“

ASF-Interview mit Andrea Rugbarth

AsF: Heute bist Du Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft. Aber wie verlief Dein Werdegang bis hierin, was ist Dein Beruf, was hast Du gelernt?

AR: Nach der Schule habe ich Maurerin gelernt, bis zum Gesellenbrief, anschließend Konstruktiven Ingenieurbau studiert und als Diplom-Ingenieurin für Statik und Konstruktion abgeschlossen, heute bin ich als Statikerin freiberuflich tätig.

AsF: Du bist nicht in Hamburg groß geworden?

AR: Ich bin in Thüringen groß geworden, habe dann in Leipzig studiert und dort meinen Abschluss gemacht.

AsF: Ein klassischer weiblicher Lebenslauf, als Maurerin anzufangen?

AR: Ja, genau, ich wollte schon immer etwas Alternatives machen. Es war eine sehr interessante Zeit, weil man natürlich erst einmal gelernt hat, sich unter männlichen Berufskollegen zu behaupten. Das Körperliche war sicherlich anstrengend, aber nicht so, dass man es nicht bewältigt hätte. Das wesentlich Spannendere war eigentlich, sich durchzusetzen, zu zeigen, dass frau das auch kann. Und sich auch im Betrieb durchzusetzen. Das war spannend, nach 12 Schuljahren eine Zeit draußen in der Praxis zu verbringen. Und danach ging es zum Studium! Das Schöne war, dass man einen völlig anderen Einstieg in das Studium hatte. Jemand, der aus der Praxis kommt und tatsächlich schon mal gemauert, tatsächlich schon mal betoniert und Bewehrungskörbe geflochten hat, der kann sich etwas darunter vorstellen. Das war für das Studium sehr hilfreich und es nutzt mir noch heute.

AsF: Und wann bist Du nach Hamburg gekommen?

AR: 1988. Eine große Klappe habe ich schon auf der anderen Seite gehabt, der Staat wollte sich aber nicht kritisieren lassen – deswegen wurde ich inhaftiert und 1988 von der Bundesrepublik freigekauft. Gemeinsam mit meinem Mann haben wir damals sofort einen Handwerksbetrieb aufgebaut, der auch sehr gut lief, wir hatten zu den besten Zeiten ungefähr 25 Leute. Das hat natürlich dazu geführt, sich mit Arbeitsrecht, mit Bauvertragsrecht und mit allen möglichen neuen Dingen, wie anderes Renten- und Krankenkassensystem, anderes Schulsystem, es war ja für mich alles komplett neu - auseinander zu setzen. Ich bin jemand, der sich immer sehr intensiv die Grundlagen aneignet. Ich habe mir angeschaut, welche Gesetze gibt es, woran muss ich mich halten, habe Kurse bei der Handwerkskammer besucht und mir die Grundlagen erarbeitet. Parallel dazu kommt man privat natürlich über die Kinder, im Kindergarten oder in der Schule, mit Eltern in Kontakt, ich habe die ersten Schritte in die Elternarbeit gemacht und die Möglichkeiten der Demokratie auch wirklich wahrgenommen. So wie ich gestrickt bin, habe ich mich sehr offensiv für unsere Elternrechte eingesetzt, zum Leidwesen manches Schulleiters: Anfangs Elternvertreterin, dann im Elternrat, dann Kreiselternrat, letzten Endes die Vorsitzende vom Kreiselternrat. Ich habe die Elternarbeit insgesamt fast 15 Jahre lang gemacht. Aber wenn man es so lange

macht, irgendwann ist dann mal der Punkt erreicht, wo man sagt, das bietet jetzt nicht wirklich noch irgendwas Neues.

AsF. Und dann bist Du in die Politik eingestiegen, nach Deinen 15 Jahren Elternarbeit.

AR: Das lief ein bisschen parallel. Ich habe mich 2003 unheimlich geärgert über das, was in der Politik ablief, ich sage nur Agenda 2010. Reformen waren längst überfällig – aber die Reformen unter der Agenda 2010 waren nach meiner Meinung nur zum Teil richtig bis zum Ende gedacht. Ich habe mir das durchgelesen – wahrscheinlich als eine der wenigen Nicht-Parteimitglieder – und habe nur den Kopf geschüttelt, was machen die denn, sind die total durchgeknallt, sie werden damit einen Niedriglohnsektor schaffen. Und dass die SPD damit einen Teil ihrer Stammwählerschaft verlieren wird, war mir ebenso klar. Wenn Du etwas verändern möchtest, dann darfst Du nicht draußen stehen. Ich dachte: Geh' dorthin, wo es dich am meisten ärgert, geh' zur SPD, und sag', was Deiner Meinung nach nicht in Ordnung ist. Das war der Einstieg und ich bin 2004 eingetreten. Der Distrikt schickte mich als zugewählte Bürgerin in den Ortsausschuss, später schlug mich Hede Krüger für den Jugendhilfeausschuss vor, das war schon eine Unterstützung, um eben auch in Gremienarbeit Erfahrungen zu sammeln. 2008 kandidierte ich für die Landesliste im Kreis – dort nur auf dem vierten Platz, was auf der Kreis-Landesliste nach damaligem Wahlrecht eigentlich ein aussichtsloser Platz war. Ich hatte aber Glück, die damalige Bürgerschaftsabgeordnete Andrea Hilgers gab ihre Nominierung für den Listenplatz 2 des Kreises aus beruflichen Gründen zurück, die nächste Frau war ich! Somit kam ich schlagartig auf einen super Platz – und tatsächlich auch in die Bürgerschaft.

AsF: Und hat Dich die Arbeit in der Bürgerschaft befriedigt? Hast Du das Gefühl, Du bewegst was, Du kannst was bewegen?

AR: Ja. Ganz eindeutig: Ja. Ich hatte als Jugendliche den Traum von Demokratie, diesen darf ich jetzt leben, das ist es, was ich wollte.

AsF: Noch ein paar Fragen zum Schluss: Welche Eigenschaften magst Du an Dir?

AR: Ich bin beharrlich, Widerstand spornt mich an. Ich lasse nicht locker, bin da ganz ziel- und lösungsorientiert und suche immer nach einem Weg. Ich bin offen, man kann sich immer darauf verlassen, dass das, was ich sage, auch so gemeint ist und ich mich an Verabredungen halte.

AsF: Und was magst Du an Dir nicht?

AR: Meine Ungeduld, wenn Ziele nicht so schnell erreicht werden, wie ich mir das manchmal wünschen würde.

AsF: Was bedeutet Entspannung für Dich?

AR: Ein paar Tage nichts tun, kein Handy, keine Mails, keine Menschen, außer meine Söhne und engste Freunde, und Natur, Natur, Natur, mehr brauche ich dann nicht. Dann sind die Reserven wieder voll.

AsF: Wir danken Dir für dieses Interview.

Das gesamte Interview unter www.asf-hamburg-nord.de/

Organspende – Humanität und Solidarität

Der Bedarf an Organen ist groß, die Anzahl der Spender zu klein

Von Sylvia Wowretzko

Mehr als 12.000 Patienten stehen auf den Wartelisten für ein Spenderorgan – jeden Tag sterben drei von ihnen. Auch wenn eine grundsätzliche Bereitschaft zur Organspende bei vielen Menschen vorhanden ist, muss die Zahl von 17 Prozent der Bevölkerung mit Spender-Ausweis noch deutlich gesteigert werden, um den Bedarf an Spenderorganen zu entsprechen.

Aufgrund krimineller Machenschaften Einzelner, geriet der gesamte Bereich der Organspende in den vergangenen Wochen und Monaten zu Unrecht in ein negatives Licht. Keine Frage, all diese Fälle müssen genauestens untersucht werden. Sollte sich der Verdacht erhärten, dass u.a. Kassenpatienten schlechter gestellt sind als Privatpatienten, muss man sich das System genau anschauen, um herauszufinden an welchen Stellschrauben gedreht werden muss.

Aber der Reihe nach ...

Seit Mai neues Transplantationsgesetz

Im Mai dieses Jahres hat der Deutsche Bundestag unter Beteiligung der SPD-Fraktion eine Änderung des Transplantationsgesetzes beschlossen. Ziel der Änderung ist, dass mehr Menschen ihre Bereitschaft zur Organspende bekunden. Sowohl gesetzliche, als auch private Krankenversicherungen schreiben jeden ihrer Versicherten (Alter über 16) im ersten Jahr nach Inkrafttreten des Gesetzes an.

Die Angeschriebenen können auf die Frage, ob sie nach ihrem Hirntod Organe spenden wollen, mit „Ja“, „Nein“ oder „Ich weiß nicht“ antworten. Außerdem können sie wie bisher auch angeben, ob nur bestimmte Organe entnommen oder von der Spende ausgeschlossen werden sollen. In der Folge wird das alle zwei Jahre geschehen. Ebenfalls im Gesetz verankert ist, dass es keinen Zwang zur Organspende gibt. Das Vorhaben jeden als Spender einzustufen, der nicht ausdrücklich vorher hinterlegt hat, keiner sein zu wollen, wurde nicht in die Tat umgesetzt.

Wann werden Organe entnommen?

Nur Patientinnen und Patienten, bei denen auf der Intensivstation festgestellt wird, dass die Gehirnfunktion unwiederbringlich verloren ist, werden als Hirntod erklärt. Wenn aus medizinischer Sicht eine Organspende in Frage kommt, wird das Gespräch mit den Angehörigen gesucht. Wenn von Seiten des Patienten oder der Patientin keine Erklärung zur Organspende vorliegt, entscheiden die Angehörigen, ob es zu einer Spende kommen soll. Bei Zustimmung folgen Untersuchungen, die eine Eignung feststellen sollen. Es muss unter anderem vermieden

werden, dass Infektionen den Körper des Empfängers oder der Empfängerin gefährden.

Ob ein Organ wirklich zur Transplantation geeignet ist, kann dann erst nach der Entnahme festgestellt werden. Ist das der Fall wird es schnellstmöglich zu einem Transplantationszentrum gebracht, wo in den meisten Fällen bereits eine OrganempfängerIn wartet. Die Angehörigen des Spenders können dann Abschied vom verstorbenen Menschen nehmen.

Wer ist für die Verteilung von Organen zuständig?

Koordinierungsstelle auf dem Gebiet der Organtransplantation ist die Deutsche Stiftung Organtransplantation (DSO), die ihren Hauptsitz in Frankfurt am Main hat. Bei ihr handelt es sich um eine gemeinnützige Stiftung bürgerlichen Rechts. Sie arbeitet eng mit den Krankenhäusern zusammen. Von den über 1300 Krankenhäusern in Deutschland in denen Organtransplantationen vorgenommen werden, sind 22 in Hamburg. Eine Organspende ist in jedem Krankenhaus mit Intensivstation durchführbar.

Die DSO muss von den Krankenhäusern über eine mögliche Organspende informiert werden. Sie arbeitet eng mit Eurotransplant zusammen. Die gemeinnützige Stiftung Eurotransplant ist für die Vermittlung aller Organe zuständig, die verstorbenen Menschen zum Zwecke der Transplantation entnommen werden. In Deutschland, Österreich, den Niederlanden, Belgien, Luxemburg, Slowenien, Kroatien und Ungarn entnommene Organe werden von Eurotransplant nach festgelegten Kriterien an die Wartelisten-Patienten vergeben. Die Kriterien der Vergabe sind Dringlichkeit und Erfolgsaussichten.

Auch wenn die Bereitschaft zur Organspende in Hamburg höher ist als in anderen Bundesländern, übersteigt der Bedarf an Spenderorganen die Nachfrage um ein Vielfaches. Viele Menschen sind auf dem Gebiet allerdings sehr unsicher. Allein die Diskrepanz zwischen der Bereitschaft zu spenden und dem Tragen eines Spenderausweises zeigt mir, dass es erheblichen Aufklärungsbedarf gibt.

Mit der Veranstaltung „Organspende – Entscheidung für das Leben“ mit Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks und Prof. Dr. Dr. Reichensperner vom UKE haben wir versucht, etwas zur Aufklärung beizutragen – weitere Informationsmöglichkeiten gibt es z.B. im Internet unter www.organspende-info.de.

Elektromobilität – Die Fortbewegung von Morgen

Von Steven von Bargaen

Thema des zweiten Juso-Kreisvorstandes nach der Sommerpause war die Elektromobilität. Gemeinsam mit der örtlichen und thematisch zuständigen Bürgerschaftsabgeordneten Dorothee Martin, selbst noch im besten Juso-Alter, begannen wir das bisher unbekannte Thema. Nach einem Input von Dorothee, die uns eine übersichtliche Präsentation bot, diskutierten wir das unerwartet umfangreiche Thema. Schnell wurde klar: hier ist unglaublich viel zu tun.

Wo die Technik vor einigen Jahren noch in den Kinderschuhen steckte, kann man heute dank des technischen Fortschritts echte Alternativen zur fossilen Brennstoffart bieten. Und der Einsatz ist vielfältig. Ob im privaten Gebrauch, beim ÖPNV oder auch in der Wirtschaft ist der Einsatz der Elektromobilität möglich. Die Vorteile sind ebenso vielfältig wie die Ein-

satzmöglichkeiten. Neben dem Klima- und Umweltschutz spielen der Lärmschutz und auch der Ausbau erneuerbarer Energien eine große Rolle. Besonders hier sind attraktive Synergien vorhanden.

Doch gibt es auch schlechte Nachrichten. Beim geplanten Leitmarkt Deutschland wird Hamburg in Zukunft eine untergeordnete Rolle spielen. War Hamburg von 2009–2011 noch eine von acht Modellregionen mit den dazugehörigen Fördergeldern, gehört es nicht zu einem der vier „Schaufenster“ der Elektromobilität. Die schwarz-gelbe Bundesregierung bevorzugte es, die Autoindustrie, die die Entwicklung bis jetzt weitgehend verschlafen

hat, durch die Vergabe der Schaufenster-Regionen mit den Fördergeldern auszustatten (Niedersachsen, Bayern/Sachsen und Baden-Württemberg). Hinzu kommt Berlin mit dem Hauptstadtbonus.

Doch auch wenn die Förderung nun geringer ausfällt, bleibt Hamburg an dem Thema dran um zu dem Ziel beizutragen, 2020 insgesamt 1 Mio. E-Fahrzeuge auf Deutschlands Straßen zu bringen. Bleibt nur zu hoffen, dass die Autoindustrie nun endlich mitzieht.

Auf diesem Wege möchten wir Dorothee noch mal herzlich für ihr Kommen und den tollen Vortrag danken. Wir werden an dem Thema dran bleiben und freuen uns auf die zukünftige Zusammenarbeit. ●



Besuch der Jusos am Flughafen

Der Hamburger Flughafen ist mit seinen zwei Landebahnen und gut 13.000.000 Millionen Passagieren im Jahr noch relativ beschaulich und landet in Deutschland im Größenranking lediglich auf Platz 5

Die Hansestadt Hamburg ist dank des Airbuswerkes und der direkt am Flughafen angesiedelten Lufthansa Technik trotzdem drittgrößter internationaler Luftfahrtstützpunkt. Bemerkenswert ist zudem, dass der 1911 erbaute Flugplatz als der älteste noch am ursprünglichen Standort betriebene moderne Airport der Welt gilt.

Interessante Daten und Fakten wie diese erfuhren die Jusos Nord und Mitte bei einem gemeinsamen Besuch des Fuhlsbüttler Flughafens am 14. September. Insgesamt 33 Genossinnen und Genossen waren der Einladung gefolgt und wurden auf Vermittlung von Christian Carstensen (Distriktvorsitzender Langenhorn) vom Leiter des Umweltbereichs

der Flughafengesellschaft, Axel Schmidt, vier Stunden lang in die Struktur und Arbeitsweise des Hamburger Airports eingeführt.

Einen ersten Eindruck von dem 564 Hektar großen Gelände konnte sich die Gruppe durch ein detailgetreues Modell machen, bei dem Starts und Landungen durch Modellflugzeuge simuliert wurden. Anschließend erfolgte eine Rundfahrt über das gesamte Gelände, wobei insbesondere die gut ausgestattete betriebseigene Feuerwehr, der rege Betrieb auf dem Rollfeld sowie der Hangar für private Flugzeuge und Hubschrauber die Besucher beeindruckten. Höhepunkt war jedoch wohl für alle Teilnehmer der Besuch der Werkstätten der Lufthansa Technik,

in der teilweise auseinandergebaute Jumbos wie eine aktuell gewartete 747 bewundert werden konnten und von zwei Mitarbeitern Details zu den Triebwerken und den zu absolvierenden Tests erläutert wurden.

Zum Abschluss wurden die Jusos noch zu einem Snack in das Flughafenrestaurant eingeladen, wo sich der Vorsitzende des Kreises Nord, David Fürcho, im Namen aller Besucher bei Axel Schmidt und seinen Kollegen ihre seine engagierte und gelungene Führung bedankte. Dass die Lufthansa Technik als wichtiger Arbeitgeber bis heute in Hamburg stationiert ist, verdankt die Hansestadt übrigens einem Genossen aus Langenhorn: Helmut Schmidt. ●

Amerika vor der Wahl – Konsulatbesuch der Jusos

Amerika steht kurz vor der Präsidentschaftswahl und der politische Zweikampf zwischen Romney und Obama wird immer intensiver. Umso gespannter waren wir Jusos auf die politische Diskussion mit der amerikanischen Konsulin im Konsulat an der Alster.

Von Dennis Geisweller

Es wurde ein spannender Vortrag über Wählermobilisierung in den USA, das Wahlsystem mit seinen Tücken, die politischen Vorlieben der Amerikaner und ihre kleinen Eigenarten.

Besonders hervorgehoben hat die Konsulin auch den Einfluss von wirtschaftlichen Entwicklungen auf die Wahl. Natürlich gab es in diesem Zusammenhang auch kritische Anmerkungen zur europäischen Wirtschaftspolitik.

Alle lauschten gespannt den Erfahrungsberichten der Konsulin über die feinen Unterschiede zwischen der amerikanischen und der deutschen Mentalität und ihre Bedeutung für die Wahl.

Im Anschluss an den Vortrag entwickelte sich eine angeregte Diskussion über die deutsch-amerikanischen Beziehungen und man spekulierte über den Wahlausgang. Alle waren sich natürlich einig, dass der Wunschpräsident Obama ist, doch leider stehen die Chancen für Romney zur Zeit besser.

Neben all der Politik ist es das Herzensanliegen der Konsulin bei der Verständigung zwischen Amerikanern und Deutschen, anderen das Geschenk von kultureller Vielfalt näher zu bringen. Sie sagte immer wieder, dass beide Kulturen so viel voneinander lernen können.

Ich jedenfalls habe bei diesem Besuch sehr viel gelernt und aufregende Details erfahren. Für mich als Neumitglied der Jusos Hamburg Nord war das ein sehr interessanter Einstieg in die politische Arbeit und eine großartige Veranstaltung. ●



Ksenija Bekeris

Pestalozzistr. 21 A · 22305 Hamburg
Tel.: 51 90 69 08 · Fax: 51 90 69 10
info@ksenija-bekeris.de · www.ksenija-bekeris.de
Büroleiterin: Beate Schmid-Janssen · Mitarbeiter: Alex Kleinow
Di.–Fr. 9–13, Mi. 9–19 Uhr · (barrierefrei erreichbar)

Anja Domres

Hegestraße 40 · 20251 Hamburg
Tel.: 6 88 92 01 60
abgeordnetenbuero@anja-domres.de · www.anja-domres.de
Mitarbeiter: Sebastian Gerdes, Jan Ohmer

Gunnar Eisold

Essener Straße 4 · VALVO-Park, Eingang D3 · 2. Stock, Zi. 1.1 · 22419 Hamburg
Tel.: 52 38 87 40 · Fax: 52 38 87 58
buergerbuero@gunnareisold.de · www.gunnareisold.de
Mitarbeiter: Helgard Winkel, Godwin Eboh, Irina Pantschenko

Daniel Gritz

Hegestraße 40 · 20251 Hamburg
Tel.: 6 88 92 01 70 · Fax: 6 88 92 01 71
Daniel.Gritz@SPD-Fraktion-Hamburg.de
Mitarbeiter: Lars Möller, Cornelius Seyfarth
Bürozeiten: Di., Mi., Bürgersprechstunde: Mo., Do., Fr., Sa. nach Absprache

Dorothee Martin

Am Hasenberge 44 · 22337 Hamburg
Tel.: 32 84 34 27 · Fax: 32 84 34 29
info@dorotheemartin.de · www.dorotheemartin.de
Mitarbeiter: Nicholas Gildemeister, Steven von Bergen, Gabi Greguhn
Bürozeiten: Mo. 10–14, Di. 15.30–19.30, Mi. 10–14, Do. 15.30–19.30, Sa. 10–14 Uhr

Barbara Nitruich

Borsteler Chaussee 92 · 22452 Hamburg
Tel.: 52 87 87 92 · Fax: 52 90 15 77
barbara.nitruich@spd-fraktion-hamburg.de
Mitarbeiter: Bastian Faust, Christine Faltynek-Haschke

Jan Quast

Kurt-Schumacher-Allee 10 · 20097 Hamburg
Tel.: 31 81 03 18 · Fax: 31 81 03 45
info@janquast.de · www.janquast.de

Mitarbeiter: Carsten Otto, Markus Hahn
(barrierefrei erreichbar)

Wolfgang Rose, Sven Tode, Isabella Vértes-Schütter

Ifflandstraße 85 · 22087 Hamburg
Tel.: 61 19 83 12 · Fax: 61 19 83 13
Mail Rose: post@wolfgang-rose.info · www.wolfgang-rose.info
Mail Tode: kontakt@sven-tode.de · www.sven-tode.de
Mail Vértes-Schütter: mail@vertes-schuetter.de · www.vertes-schuetter.de
Mail Büro gesamt: spd-abg-ho-uh@web.de
Mitarbeiter: Sönke Klages, Jan Greve
Täglich geöffnet

Andrea Rugbarth

Krohnstieg-Center · Krohnstieg 41, III. OG · 22415 Hamburg
Tel.: 28 57 48 78/88 · Fax: 28 57 48 84
rugbarth-hh-nord@gmx.de · www.andrea-rugbarth.de
Mitarbeiter: Cornelius Seyfarth
Mo., Mi., Do. 12–18 Uhr, Di. 13–18 Uhr, Fr. 11–14 Uhr, andere Termine nach telefonischer Abstimmung (barrierefreier Zugang von allen Ebenen des Krohnstieg-Centers)

Urs Tabbert

Bussestraße 29 · 22299 Hamburg
Tel.: 59 35 23 93 · Fax: 59 35 23 95
urs.tabbert@spd-fraktion-hamburg.de · www.urstabbert.de
Büroleitung: Nicole Horstmann, Mitarbeiter: Carsten Gerloff, Lars Henken, Sebastian Mietzner, Benjamin Nielsen
Bürozeiten: Mo.–Fr. 9–12.30 Uhr, Mo., Mi. 13.30–16.30 Uhr

Sven Tode

Fuhlsbüttler Straße 458 · 22309 Hamburg
Tel.: 39 87 66 22 · Fax: 39 87 66 24
kontakt@sven-tode.de · www.sven-tode.de
Mitarbeiter: Sönke Klages, Dr. Carsten Maßmann, Dr. Alice Otto
Öffnungszeiten: Mo. 10–12 und 14–17 Uhr, Mi., Do., Fr. 14–17 Uhr

Sylvia Wowretzko

Dithmarscher Straße 32 · 22049 Hamburg
Tel.: 18 06 32 41 · Fax: 57 01 93 24
kontakt@wowretzko.de · www.wowretzko.de
Mitarbeiter: Serkan Agci, Sabine Bödeker
Öffnungszeiten: Di. von 13–18 Uhr, Do. von 9–13 Uhr (barrierefrei)

Abgeordnetenbüros

Mit neuem Vorstand in die Zukunft – AfB Hamburg stellt sich neu auf

Die Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB) Hamburg hat sich neu aufgestellt. Auf der jüngsten Mitgliederversammlung wurde im Kurt-Schumacher Haus ein neuer Vorstand gewählt

Zum 1. Vorsitzenden wurde Uwe Gaul gewählt. Uwe Gaul ist politisch im Bezirk Hamburg-Nord - Distrikt Winterhude - beheimatet und seit Studienzeiten im Bildungsbereich aktiv. Ihm zur Seite stehen mit Meike Jensen, Altona, Gerhard Lein, Bergedorf, und Matthias Czech, Harburg, drei Stellvertreter/innen. Dem vierköpfigen Team stehen mit Anja Boneß (Altona), Wolfgang Egelkraut (Hamburg-Nord), Birgit Gutenmorgen (Bergedorf) und Jochen Rasch (Eimsbüttel) vier Beisitzer und mit Jens Burghard, Uwe Mahlstedt sowie Ulla Wolfram als kooptierte Mitglieder als weitere Unterstützung zur Seite.

Die AfB setzt sich für ein gerechtes und leistungsfähiges Bildungssystem ein, das die gleichberechtigte Teilnahme aller an der Gesellschaft ermöglicht. Im Mittelpunkt der politischen Arbeit steht das Ziel, für alle Menschen gleiche Ausgangsvoraussetzungen und Chancen zu schaffen und Bildung als Schlüssel für Chancengerechtigkeit jedem unabhängig von seiner sozialen Ausgangsposition zugänglich zu machen.

Bildung ist ein lebensbegleitender Prozess. Schule ist dabei zwar ein zentraler aber nur ein Teil in der Bildungsbiographie der einzelnen Menschen. Daher wird sich auch die gesamte Bandbreite der individuellen Lernbiographie in den zu bewegenden Themen der AfB widerspiegeln – von der frühkindlichen Bildung über Schul- und außerschulische Bildung bis zum Lernen im Erwachsenenalter.

Im ersten Schritt bearbeitet das Vorstandsteam die Grundsatzpositionen im Bildungsbereich.

Offener Diskussionsprozess

Diese werden dann AfB öffentlich diskutiert und nach Beschluss auf der Internetseite der Partei veröffentlicht. Parallel dazu soll ein Diskussionsprozess angestoßen werden, der das Regierungshandeln begleitet. Dabei werden die bildungspolitischen wichtigen Themen – Stadtteilschulentwicklung, Qualität im Bildungsbereich, Inklusion, Ganztagschule, Bildungsübergänge und berufliche Bildung, interkultu-

relle Elternarbeit, Schnittstellen zu anderen Politikfeldern ... – durch öffentliche Veranstaltungen bereichert. Die erste große Veranstaltung in Zusammenarbeit mit der Bürgerschaftsfraktion hat mit der ehemaligen Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn zum Thema „Warum wir Ganztagschulen wollen!“ stattgefunden. Geplant sind neben den öffentlichen Vorstandsterminen zunächst drei Themenabende pro Jahr. Flankierend ist der Vorstand an einer Öffnung interessiert und sucht Gespräche zu den Bezirken, den Bildungs- und Lehrerverbänden sowie zu zentralen Akteuren in der Partei und anderen nahestehenden und relevanten Organisationen der Zivilgesellschaft.

Die Gestaltung der Bildungslandschaft durch Mitwirkung in der AfB Hamburg steht allen Genossen und Genossinnen offen. Der Vorstand trifft sich an jedem dritten Montag im Monat. Jede dritte Vorstandssitzung ist öffentlich. Konkrete Informationen können zukünftig der Internetseite entnommen werden. Ansprechpartner ist Uwe.Gaul@freenet.de. ●

Kreisvorstand der SPD Hamburg-Nord

Geschäftsführender Kreisvorstand

Vorsitzender

Tschentscher Peter 4 60 30 42 p.tschentscher@hamburg.de

stellv. Vorsitzende

Bekeris Ksenija 01 63/2 69 20 20 ksenijabekeris@yahoo.de

Tabbert Urs 01 79/5 05 91 56 ra.tabbert@rechtfair.com

Schatzmeister

Bornhöft Ralph 4 28 39-48 20 ralph.bornhoeft@gmx.eu

BeisitzerInnen

Klages Sönke 01 77/5 62 16 40 sklages@alice-dsl.de

Mess Christine 5 33 98 44 chmess@aol.com

Wowretzko Sylvia 2 27 67 02 wowretzko@gmx.de

Weitere BeisitzerInnen im Kreisvorstand

Buter Maria 2 27 88 06 maria.buter@web.de

Ermes Kai 2 70 00 88 kai.ermes@email.de

Näther Jürgen 01 76/48 12 75 89 juergen.naether@gmx.de

Ros Karin 01 76/49 77 11 62 ros.karin@alice-dsl.de

Rugbarth Andrea 01 74/9 16 32 52 andrea.rugbarth@gmx.de

Distriktvorsitzende

Langenhorn-Nord

Greguhn Gabi 01 73/2 97 13 11 gabi.greguhn@vodafone.de

Langenhorn-Süd

Carstensen Christian 01 77/2 49 11 13 christiancarstensen@gmx.de

Fuhlsbüttel

Eisold Gunnar 01 76/48 21 18 90 gunnar@gunnareisold.de

Groß Borstel

Nitruch Barbara 46 46 91 barbara.nitruch@t-online.de

Eppendorf

Freitag Jan 88 88 87 77 Freitag@Kanzlei-Michaelis.de

Winterhude-Nord

Seyfarth Cornelius 01 73/9 63 17 18 Montefeltro@gmx.net

Jarrestadt

Hahn Markus 16 39 83 13 30 info@hahn-markus.de

Mühlenkamp

Mellies Dirk 01 60/96 25 47 51 dirkmellies@googlemail.com

Barmbek-Nord/Dulsberg

Leineweber Christopher 61 16 89 47 christopher.leineweber@web.de

Barmbek-Mitte

Kleinow Alex 01 51/40 52 13 87 alex@kleinow.org

Barmbek-Uhlenhorst-Hohenfelde

Tode Sven 25 49 73 73 sven.tode@spd-online.de

Weitere Mitglieder im Kreisvorstand

ASF

Ackmann Petra 01 76/48 37 93 23 petra@ackmann.info

6oplus

Winkel Helgard 01 71/7 88 38 09 huscke@wt.net.de

Bezirksfraktion

Bester Angelika 01 72/4 53 99 66 angelika.bester@t-online.de

Jusos

Fürcho David 01 75/5 20 20 53 david@fuercho.de

Mitglieder des Landesvorstands aus Nord

Damerau Inka 64 20 25 32 inka.damerau@t-online.de

Rose Wolfgang 2 29 91 94 wolfgang.rose@verdi.de

Peter Tschentscher, Ksenija Bekeris und Sönke Klages: Kontakt siehe oben!

Absender:
SPD-Kreis Nord
Am Hasenberge 44
22337 Hamburg



Schon etwas zum Schmöckern
für's Frühstück geholt?

Editorial Design: Bücher, Broschüren, Magazine, Kataloge, Geschäftsberichte, Zeitschriften und Zeitungen

Kreativ-Schmie.de
Thomas Biedermann

www.kreativ-
schmie.de

Wir sprechen mit Ihnen und
helfen, wo wir können

SPD

Zentrales Bürgerbüro
Di., Mi., Do. 14–16 Uhr · Tel. 28 08 48-32/0
Kurt-Schumacher-Allee 10 · 20097 Hamburg

Die Bundestagswahl 2013 – wir starten durch!

Zum Wahlkreis Hamburg-Nord gehören außer den Distrikten Langenhorn-Nord, Langenhorn-Süd, Fuhlsbüttel, Groß Borstel, Eppendorf, Winterhude-Nord, Jarrestadt und Mühlenkamp auch die Wandsbeker Distrikte Wellingsbüttel, Hummelsbüttel, Oberalster, Bergstedt und Sasel.

Inzwischen gibt es bereits eine lange Tradition der guten Zusammenarbeit im Wahlkampf mit einer gemeinsamen Wahlkampfkommission, vielen Diskussionen, Festen, Infoständen ... Um eine Kandidatur in diesem Wahlkreis bewerben sich Christian Carstensen, Inka Damerau und Wolfgang Rose, die sich schon Anfang

dieses Monats mit einem Brief bei den Mitgliedern vorgestellt haben. Zurzeit besteht in den Distrikten die Möglichkeit, mit ihnen über den bevorstehenden Bundestagswahlkampf und ihre Bewerbung um die Wahlkreiskandidatur zu sprechen.

Für diejenigen, die die Termine in den Distrikten nicht wahrnehmen können, bieten wir zusätzlich noch eine zentrale Veranstaltung an: **Freitag, den 26. Oktober 2012, um 18 Uhr im Gemeindesaal St. Marien, Am Hasenberge 44.** Die endgültige Entscheidung über die Kandidatur trifft dann am 7. Dezember eine Vertreterversammlung.



Dieses Foto ist vor vielen Jahren aufgenommen worden – vermutliche Ende der 50er Jahre des vorigen Jahrhunderts. Wir haben es noch nicht zuordnen können, möchten aber gern wissen, wo das ist. Ein paar Hinweise gibt es bereits: Die Schilder links im Bild weisen nach Husum und Kiel, vermutlich handelt es sich um eine Kreuzung an der B5. Wir freuen uns über jeden Tipp und werden dann im nächsten Nordwind ja

vielleicht dem „Damals“ ein „Heute“ gegenüber stellen können! Bei der Gelegenheit darf ein Hinweis auf den neuen „AK 150“ zum 150-jährigen Parteijubiläum im Kreis nicht fehlen. Die Termine findet Ihr auf der Homepage des Kreises unter <http://www.spd-hamburg-nord.de/termine/>

Veranstaltungskalender der SPD Hamburg-Nord:

Aktuelle Termine findet Ihr immer
unter www.spd-hamburg-nord.de/termine

Impressum

Der Bezug der Mitgliederzeitung ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Redaktionsschluss (Nordwind Nr. 38):

15.01.12. Bitte die Beiträge nicht zu lang werden lassen, da wir ansonsten gezwungen sind, sie redaktionell zu kürzen. Ein Anschlagmuster für den Artikel mit Vorgaben zu Spaltenbreite, Anschläge usw. ist bei der Redaktion erhältlich. Bilder: S/W-, Farbfotos, Zeichnungen oder digital als TIF-, JPG- oder EPS-Format, Auflösung mind. 300 dpi (**keine Internet-Bilder!**).

✉ **Post:** Beiträge und Fotos per Brief oder digitale Daten auf CD an die Redaktion: Urs Tabbert, Zesenstr. 7, 22301 Hamburg

✉ **E-Mail:**
ra.tabbert@rechtfair.com

☎ **Telefon:**
Urs Tabbert, 01 79/5 05 91 56

Herausgeber:

SPD Hamburg-Nord · Am Hasenberge 44 22337 Hamburg · Tel.: 4 60 30 42
Fax: 46 23 68 · E-Mail: hh-nord@spd.de
www.spd-hamburg-nord.de

V.i.S.d.P.: Peter Tschentscher

Redaktion: Urs Tabbert, Serkan Agci.

Mit Namen gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Gestaltung: Thomas Biedermann, Kreativ-Schmie.de, Hamburg,
www.kreativ-schmie.de

Bilder: S. 1 © SPD HH-Nord, S. 2 © Peter Tschentscher, S. 5 © Daniela Kerkow, S. 7 © Kerstin Bake-Völsch, S. 8 © Alexander Kleinow, S. 9 © Kerstin Bake-Völsch, S. 12/13 © Jusos HH-Nord, S. 16 © SPD HH-Nord

Druck: Print Media Innovation GmbH, Hamburg